



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 05.09.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Raum, Ort:	KulturBahnhof, Osnabrücker Straße 3, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r
Egbert Liskow

Mitglied

Birgit Socher

Kira Wisnewski

Ibrahim Al Najjar

Johannes Barsch

Ulf Burmeister

Camille Marie Damm

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Rita Duschek

Robert Gabel

Yvonne Görs

Prof. Dr. Frank Hardtke

Dr. Tjorven Hinzke

Katharina Horn

Anja Hübner

ab TOP 4 (öffentlicher Teil)

Heiko Jaap

Lutz Jesse

Dr. Jörn Kasbohm

Dr. Andreas Kerath

Jörg König

Nikolaus Kramer

Alexander Krüger

Jörg-Uwe Krüger

Christian Kruse

Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Christoph Oberst

Gerd-Martin Rappen
Stephan Reuken
Dr. Mignon Schwenke
Daniel Seiffert
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Prof. Dr. Madeleine Tolani
Dr. Monique Wölk
Katja Wolter
Ingo Ziola

Protokollant/in
Sarah Wiesenberg

Abwesend

Mitglied

Axel Hochschild	entschuldigt
Anica Jeske	entschuldigt
Thomas Kerl	entschuldigt
Gamal Khalil	abwesend
Dr. Jörg Valentin	entschuldigt
Grit Wuschek	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 2.1 Außerplanmäßige Ausgabe/Auszahlung für die Überplanung der Kreuzung Platz der Freiheit (Lichtsignalanlage und angrenzende Verkehrsflächen) BV-V/07/0631
- 2.2 Abberufung Mitglied OTV Schönwalde I/ Südstadt **SPD-Fraktion** BV-P-ö/07/0240
- 3 Bestätigung der Niederschriften
- 3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.06.2022
- 3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 18.08.2022
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen
- 8 Beschlusskontrolle
- 9 Beratung der Beschlussvorlagen
- 9.1 Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und ihrer Gremien während der SARS-CoV-2-Pandemie **Präsident der Bürgerschaft** BV-P-ö/07/0229
- 9.2 Besetzungen
- 9.2.1 Umbesetzung Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** BV-P-ö/07/0236

9.2.2	Umbesetzung Ausschüsse und weitere Gremien Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P-ö/07/0238
9.2.3	Umbesetzungen Ausschüsse, OTVs, Werksausschuss Abwasserwerk, Fachbeirat GMG CDU-Fraktion <i>neue Version am 02.09.2022</i>	BV-P-ö/07/0239-01
9.2.4	Nachbesetzung Stellvertreter für den Hauptausschuss SPD-Fraktion	BV-P-ö/07/0241
9.3	Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/07/0569
9.3.1	Änderungsantrag zu: Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-V/07/0569 SPD-Fraktion	BV-V/07/0569-01
9.4	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Greifswald und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/07/0580
9.5	Übertragung der Geschäftsanteile der Universitäts- und Hansestadt Greifswald an der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH	BV-V/07/0609
9.6	Jahresabschluss 2021 des Abwasserwerkes Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/07/0584
9.7	Interessenbekundungsverfahren Förderung Jugendfreizeitzentrum TAKT	BV-V/07/0596
9.8	30. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungsbeschluss	BV-V/07/0601
9.9	Bebauungsplan Nr. 114 - Verlängerte Scharnhorststraße -; Satzungsbeschluss	BV-V/07/0586-01
9.10	Einmalige Ausgleichszahlung für städtische Reinigungskräfte Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	BV-P-ö/07/0193-03
9.11	Einrichtung von Lieferzonen im Umfeld der Langen Straße Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <i>neue Version am 02.09.2022</i>	BV-P-ö/07/0230-0- 01

- | | | |
|------|--|-------------------------|
| 9.12 | Erwerb von Kleingartengrundstücken
SPD-Fraktion | BV-P-ö/07/0231-0-
01 |
| 9.13 | Stadt Greifswald soll Energie sparen - ökologisch,
effizient und sozial
Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ

<i>neue Version am 02.09.2022</i> | BV-P-ö/07/0232-0-
01 |
| 9.14 | Anschaffung von Stoffwindeln unterstützen
CDU-Fraktion

<i>neue Version am 01.09.2022</i> | BV-P-ö/07/0234-0-
01 |
| 10 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
der Bürgerschaft | |
| 11 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der
Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit
und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschriften
- 3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom
27.06.2022
- 3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom
18.08.2022
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über
Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige
Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über
nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der
Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 6 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4
Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der
Fraktionen
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
- 9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
der Bürgerschaft
- 10 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Präsident der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . begrüßt das neue Mitglied der Bürgerschaft, Herrn Daniel Seiffert und verpflichtet ihn auf gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V).
- . fragt, ob sich jemand gegen die Film- bzw. Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.
Das ist nicht der Fall.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Präsident der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über:

nachträglich eingegangene Vorlagen:

- „*Umbesetzung Ausschüsse und weitere Gremien*“ (BV-P-ö/07/0238)
 - . schlägt vor, diese als TOP 9.2.2 einzuordnen.
- „*Umbesetzungen Ausschüsse, OTVs, Werksausschuss Abwasserwerk, Fachbeirat GMG*“ (BV-P-ö/07/0239-01)
 - Hierzu liegt eine neue Version vor.
 - . schlägt vor, diese als TOP 9.2.3 einzuordnen.
- „*Abberufung Mitglied OTV Schönwalde I/ Südstadt*“ (BV-P-ö/07/0240)
 - . schlägt vor, diese als TOP 9.2.4 einzuordnen.
- „*Nachbesetzung Stellvertreter für den Hauptausschuss*“ (BV-P-ö/07/0241)
 - . schlägt vor, diese als TOP 9.2.5 einzuordnen.

Herr Dr. Meyer

- . bittet um Begründung der Dringlichkeit des Antrages „*Abberufung Mitglied OTV Schönwalde I/ Südstadt*“ (BV-P-ö/07/0240) und anschließende Abstimmung, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werde.

Herr Dr. Kerath

- . begründet die Dringlichkeit der genannten Beschlussvorlage.
- . beantragt im Namen der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung über die Aufnahme der Beschlussvorlage auf die Tagesordnung.

Frau Dr. Schwenke

. zieht im Namen der Einbringer Dr. Mignon Schwenke, der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Beschlussvorlage „*Einmalige Ausgleichszahlung für städtische Reinigungskräfte*“ (BV-P-ö/07/0193-03) unter TOP 9.10 zurück. Nach langen Diskussionen und viel Aufwand sei es endlich gelungen, eine übertarifliche Vereinbarung zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband Mecklenburg-Vorpommern und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft abzuschließen.

einen nachgereichten Änderungsantrag:

- zu TOP 9.3 „*Änderungsantrag zu: Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-V/07/0569*“ (BV-V/07/0569-01)

neue Versionen:

- zu TOP 9.11 „*Einrichtung von Lieferzonen im Umfeld der Langen Straße*“ (BV-P-ö/07/0230-0-01)
- zu TOP 9.13 „*Stadt Greifswald soll Energie sparen - ökologisch, effizient und sozial*“ (BV-P-ö/07/0232-0-01)
- zu TOP 9.14 „*Anschaffung von Stoffwindeln unterstützen*“ (BV-P-ö/07/0234-0-01)

Herr Liskow

. informiert, dass die Verwaltung mitgeteilt habe, dass die Beschlussvorlage „*Außerplanmäßige Ausgabe/Auszahlung für die Überplanung der Kreuzung Platz der Freiheit (Lichtsignalanlage und angrenzende Verkehrsflächen)*“ (BV-V/07/0631) zurückgezogen und damit nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse.

Frau Damm nimmt an der Sitzung teil.

Der Präsident der Bürgerschaft

. lässt über die Einordnung der folgenden Beschlussvorlagen abstimmen:

- „*Umbesetzung Ausschüsse und weitere Gremien*“ (BV-P-ö/07/0238)
Einordnungsvorschlag: als TOP 9.2.2
- „*Umbesetzungen Ausschüsse, OTVs, Werksausschuss Abwasserwerk, Fachbeirat GMG*“ (BV-P-ö/07/0239-01)
Einordnungsvorschlag: als TOP 9.2.3
- „*Nachbesetzung Stellvertreter für den Hauptausschuss*“ (BV-P-ö/07/0241)
Einordnungsvorschlag: als TOP 9.2.5

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

. lässt namentlich über die Aufnahme der Beschlussvorlage „*Abberufung Mitglied OTV Schönwalde I/ Südstadt*“ (BV-P-ö/07/0240) abstimmen:

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	X		

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Johannes Barsch	X		
Herr Ulf Burmeister			X
Frau Camille Damm	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Robert Gabel	X		
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Prof. Dr. Frank Hardtke		X	
Frau Dr. Tjorven Hinzke	X		
Herr Axel Hochschild	entschuldigt		
Frau Katharina Horn	X		
Frau Anja Hübner	abwesend		
Herr Heiko Jaap		X	
Frau Anica Jeske	entschuldigt		
Herr Lutz Jesse		X	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Thomas Kerl	entschuldigt		
Herr Gamal Khalil	abwesend		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer		X	
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Jörg-Uwe Krüger		X	
Herr Christian Kruse		X	
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow			X
Herr Dr. Thomas Meyer		X	
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	X		
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Gerd-Martin Rappen		X	

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Stephan Reuken		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Herr Daniel Seiffert	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann	X		
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani			X
Herr Dr. Jörg Valentin	entschuldigt		
Frau Kira Wisnewski	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Frau Grit Wuschek	entschuldigt		
Herr Ingo Ziola		X	

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	12	3

Die gem. §29 Abs. 4 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) erforderliche Mehrheit von 22 Stimmen wurde nicht erreicht, sodass die Beschlussvorlage nicht auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

2.1 Außerplanmäßige Ausgabe/Auszahlung für die Überplanung der Kreuzung Platz der Freiheit (Lichtsignalanlage und angrenzende Verkehrsflächen)

BV-V/07/0631

Ergebnis:

zurückgezogen

**2.2 Abberufung Mitglied OTV Schönwalde I/
Südstadt****BV-P-ö/07/0240****Abstimmungsergebnis:**

nicht auf Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt

3 Bestätigung der Niederschriften

**3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom
27.06.2022****Der Präsident der Bürgerschaft**

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert, dass die Beantwortung der Fragen von Herrn Al Najjar unter TOP 12 ergänzt worden sei und dem Protokoll als Anlage beigefügt werde.

Es besteht kein weiterer Änderungsbedarf.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

**3.2 Bestätigung der Niederschrift der
Sondersitzung vom 18.08.2022**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	5

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Herr Dr. Mahlitz (Vorsitzender des Sportbundes Hansestadt Greifswald e.V.)

. geht auf die Problematik Energie sparen und Energiekosten in den Sportvereinen ein.

Es gebe ca. 43 Vereine, die eigene Gebäude oder Gebäude in Pacht hätten. Diese Vereine seien von je her bestrebt, die Energiekosten so gering wie möglich zu halten. Mittlerweile hätten sie jedoch größte Bedenken, die Kosten weiterhin deckeln zu können. Sechs Vereine hätten die Kostenabrechnungen von 2019 mit den von 2022 verglichen. Dabei hätte sich herausgestellt, dass in diesem Jahr bereits 40 TEUR Mehrkosten entstanden seien. Weiterhin sei mit einer großen Kostenexplosion zu rechnen.

. möchte wissen, ob die von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald eingestellten Gelder für die Sportförderung ausreiche, um die entstehenden Mehrkosten decken zu können.

. fragt nach einer Möglichkeit der Stundung der Kosten.

Die Vereine würden einsehen, dass die Temperaturen in den Hallen begrenzt werden müssen. Allerdings könne dies nicht für Menschen mit eingeschränkter Teilhabe, Senioren oder Kinder gelten. Außerdem könne der Wettkampfs- und Spielbetrieb nicht ausfallen, weil keine Duschen mehr zur Verfügung stünden. Es sei wichtig, den Sportbetrieb aufrecht zu halten. Insbesondere in den letzten zwei Jahren sei die Bedeutung des Sportes sowie die Auswirkungen bei fehlenden Sportmöglichkeiten deutlich geworden.

. regt an, darüber nachzudenken, einen Rettungsschirm für die Vereine einzustellen.

Frau Hübner nimmt an der Sitzung teil.

Frau von Busse

. sagt, dass die Stadtverwaltung die Angst der Vereine verstehen könne. Im neuen Doppelhaushalt seien bereits zusätzliche finanzielle Mittel in Form von Zuschüssen an die Sportvereine eingeplant. Die endgültige Entscheidung obliege jedoch der Bürgerschaft.

. erklärt, damit es ausreichend Energie und Wärme gebe, müssten 20 Prozent Einsparungen herbeigeführt werden. Dabei sei es wichtig, dass man mit den Sportvereinen ins Gespräch komme, um herauszufinden, wie diese Aufgabe gemeinsam bewältigt werden könne. Die Verwaltung wolle nicht zwanghaft die Hallen schließen. Aber sollten die 20 Prozent Einsparungen nicht erreicht werden, würden die Sporthallen aufgrund der fehlenden Wärme in jedem Fall geschlossen werden. Es gehe darum, dieses Szenario zu vermeiden. Zudem werde nach Möglichkeiten gesucht, um möglichst lange das Sportangebot für die

Gesamtgesellschaft aufrechtzuerhalten – mit gewissen Einschränkungen.
. verweist auf die von der Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellten Gas-Szenarien. Diese werden als Anlage dem TOP beigefügt.
Die vorgenommenen Einschränkungen innerhalb der Stadtverwaltung seien bereits publik gemacht worden.
. legt den Vereinen mit eigenen Sportstätten nahe, vorab prüfen zu lassen, welche Möglichkeiten es in einer Notsituation gebe – beispielsweise gewisse Wasserstände abzulassen, um das Verfrieren zu vermeiden.

Herr Alexander Krüger

. fände es sinnvoll, wenn die Vereine ihre Probleme im Detail auflisten würden, um gezielt nach Einzellösungen suchen zu können. Insbesondere im Kinder- und Jugendsport sei es nicht vertretbar, dass die Kinder und Jugendlichen kalt duschen müssten. Wenn sie nicht in den Hallen duschen, würden sie zu Hause duschen, wodurch keine Ersparungen erzielt würden. Es sei auf keinen Fall gewollt, dass die Hallen geschlossen werden, denn alle Vereine in der Stadt hätten eine soziale Verantwortung – insbesondere in diesen Zeiten.
. geht fest davon aus, dass alle Fraktionen gemeinsam eine Lösung finden.

Anlage 1 Gas-Szenarien_Bundesnetzagentur öffentlich

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

keine

6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
. informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigefügt.

Anlage 1 Beschlussliste nichtöffentlicher Beschlüsse der Sondersitzung der Bürgerschaft am 18.08.2022 öffentlich

7 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse

. informiert, dass die Beantwortung der schriftlich gestellten Fragen der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ im nichtöffentlichen Teil erfolge, da es um die Bewertung der von Bauverträgen gehe und somit die Rechte Dritter betroffen seien.

. stellt die Beantwortung der schriftlich gestellten Fragen der CDU-Fraktion vor. Diese wird dem TOP als Anlage beigefügt.

Anlage 1 schriftlich gestellte Fragen der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ öffentlich

Anlage 2 schriftlich gestellte Fragen der CDU-Fraktion öffentlich

Anlage 3 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der CDU-Fraktion - Bedarf an Kitaplätzen öffentlich

8 Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

9 Beratung der Beschlussvorlagen

9.1 Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und ihrer Gremien während der SARS-CoV-2-Pandemie

BV-P-ö/07/0229

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt, Entscheidungen in Angelegenheiten, die ihr durch Gesetz und Ortsrecht vorbehalten sind, dem Hauptausschuss erneut – befristet auf höchstens drei Monate – zu übertragen.

Die Kompetenzübertragung erfolgt unter der Maßgabe, dass eine Präsenzsitzung der Bürgerschaft, bedingt durch die SARS-CoV-2-Pandemie, nicht stattfinden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	1

9.2 Besetzungen

9.2.1 Umbesetzung Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

BV-P-ö/07/0236

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Fraktion B.90/DIE GRÜNEN in der Bürgerschaft schlägt folgende Ausschussumbesetzung vor:

Herr **Paul-August Schult** ist nicht mehr Stellvertreter im Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit.

An seiner Stelle wird Frau **Gina Gransee** Stellvertreterin im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.2.2 Umbesetzung Ausschüsse und weitere Gremien **BV-P-ö/07/0238**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

(1) Frau **Sandra Grubert** wird als ordentliches Mitglied aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft abberufen und Frau **Simone Dehn** als ordentliches Mitglied berufen.

(2) Frau **Sandra Grubert** wird als ordentliches Mitglied aus dem Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit abberufen und Herr **Hennis Herbst** als ordentliches Mitglied berufen.

(3) Herr **Daniel Seiffert** wird als ordentliches Mitglied aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung abberufen und Herr **Niclas Lenhardt** als ordentliches Mitglied berufen.

(4) Frau **Sandra Grubert** wird als stellvertretendes Mitglied aus dem Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen abberufen und Herr **Niclas Lenhardt** als stellvertretendes Mitglied berufen.

(5) Frau **Johanna Splieth** wird als stellvertretendes Mitglied aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen abberufen und Herr **Kevin Zejin Wang** als stellvertretendes Mitglied berufen.

(6) Frau **Sandra Grubert** wird als stellvertretendes Mitglied aus der Ortsteilvertretung Innenstadt abberufen und Herr **Hennis Herbst** als stellvertretendes Mitglied berufen.

(7) Herr **Niclas Lenhardt** wird in die AG Greifswald digital und online entsendet und ersetzt damit den bisherigen Vertreter der Fraktion, Herrn **Daniel Seiffert**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.2.3 Umbesetzungen Ausschüsse, OTVs, Werksausschuss Abwasserwerk, Fachbeirat GMG

**BV-P-ö/07/0239-
01**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rappen

. weist auf eine Korrektur hin:

“Die Bürgerschaft beruft Frau Grit Wuschek als stellvertretendes Mitglied des Werksausschuss Abwasserwerk Greifswald ab. Die Bürgerschaft beruft Herrn Ingo Ziola als **stellvertretendes** Mitglied des Werksausschuss Abwasserwerk Greifswald.”

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beruft Frau Marén Zill als Mitglied des Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft ab. Die Bürgerschaft beruft Herrn Gernot Drewes als Mitglied des Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft. Die Bürgerschaft beruft Frau Helena Kater als stellvertretendes Mitglied des Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Walter Noack als Mitglied des Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen ab.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Walter Noack als stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschuss ab. Die Bürgerschaft beruft Herrn Benjamin Gau als stellvertretendes Mitglied des Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Ivo Sieder als stellvertretendes Mitglied des Zeitweiligen Ausschuss "Verwaltungsgebäude Walter-Rathenau-Straße 9-11".

Die Bürgerschaft beruft Herrn Gernot Drewes als stellvertretendes Mitglied des Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung ab. Die Bürgerschaft beruft Frau Pauline Glawe als stellvertretendes Mitglied des Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung.

Die Bürgerschaft beruft Frau Grit Wuschek als stellvertretendes Mitglied des Hauptausschuss ab. Die Bürgerschaft beruft Herrn Ingo Ziola als stellvertretendes Mitglied des Hauptausschuss.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Florian Stahlkopf als stellvertretendes Mitglied der Ortsteilvertretung Friedrichshagen.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Dr. Thomas Jansen als Mitglied der Ortsteilvertretung Schönwalde II/Groß Schönwalde ab.

Die Bürgerschaft beruft Frau Grit Wuschek als stellvertretendes Mitglied des Werksausschuss Abwasserwerk Greifswald ab. Die Bürgerschaft beruft Herrn Ingo Ziola als stellvertretendes Mitglied des Werksausschuss Abwasserwerk Greifswald.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Walter Noack als Mitglied des Fachbeirat der Greifswald Marketing GmbH ab. Die Bürgerschaft beruft Herrn Benjamin Gau als Mitglied des Fachbeirat der Greifswald Marketing GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.2.4 Nachbesetzung Stellvertreter für den Hauptausschuss

BV-P-ö/07/0241

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dass Herr Johannes Barsch stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.3 Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0569

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Kerath bringt den Änderungsantrag *„Änderungsantrag zu:
Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0569“* (BV-V/07/0569-01) ein.

Herr Rappen

. spricht sich im Namen der CDU-Fraktion gegen die Beschlussvorlage aus. Die in der Sachdarstellung genannten Punkte seien gesetzlich geregelt. Zudem entwerfe ein neu eingeführter Ehrenrat das Präsidium der Bürgerschaft, welches sich bereits heute mit Konfliktfällen beschäftige. Mit dieser Beschlussvorlage werde ein Grundverdacht auf ständige Vorteilsnahme gegenüber jedem Mitglied der Bürgerschaft aufgestellt. Dies lehne die CDU-Fraktion deutlich ab. Die Privatsphäre und der Datenschutz der Mitglieder der Bürgerschaft würden

erheblich verletzt.

Herr Dr. Kasbohm

. stellt fest, dass es sich hierbei um einen ganz normalen Prozess handle durch den klare Regeln festgelegt werden.

Frau Prof. Dr. Tolani

. merkt an, dass mit Blick auf die Inflation ein politischer Hebel – aus juristischer Sicht eine Befristung – geschaffen werden müsse, um auf Preisentwicklungen reagieren zu können.

. hat Bedenken, dass der Antrag eines Mitgliedes für ein Prüfungsverfahren ausreiche. Es werde ein Quorum benötigt – beispielsweise 10 Prozent aller Mitglieder der Bürgerschaft.

. fragt, was die „Funktionen in Vereinen“ umfasse. Es mangle hier am Bestimmtheitsgrundsatz.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt den Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	15	1

Anlage 1 Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft der UHGW öffentlich

Anlage 2 Selbstauskunft Transparenz- und Verhaltenskodex öffentlich

9.3.1 Änderungsantrag zu: Transparenz- und Verhaltenskodex der Mitglieder der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0569-01

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0569

behandelt unter TOP 9.3

Herr Prof. Dr. Münzenberg befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Der Absatz:“ Zu den Zuwendungen und Vergünstigungen gehören Geld,

unangemessene Einladungen zu Veranstaltungen, reisen und Essen sowie Rabatte, Freikarten und angemessen, d.h. über einen Wert von 15 Euro pro Kalenderjahr hinausgehende Sachgeschenke“ wir durch folgende Formulierungen ersetzt:

Die Annahme von Bargeld ist generell unzulässig. Zulässig sind die Annahme von Aufmerksamkeiten (Massenwerbeartikel, Blumensträuße etc.) und Sachgeschenken bis zu einer Wertgrenze von 50 Euro. Höherwertige Zuwendungen sind abzulehnen bzw. zurückzugeben.

Die Annahme von Einladungen zum Essen in Ausübung des Mandats ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, wenn die Bewirtung einen angemessenen Umfang nicht überschreitet. Als Obergrenze für den Wert einer angemessenen Bewirtung werden etwa 80 Euro angesehen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	14	3

9.4 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Greifswald und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/07/0580

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Prof. Dr. Stamm-Kuhlmann

. freut sich, dass diese Kooperationsvereinbarung die Zusammenarbeit mit der Universität weiter vertiefen werde. Die Universität werde wahrscheinlich dauerhaft ein interfakultäres Zentrum für die Erforschung des Ostseeraumes erhalten. Hiervon werden Impulse ausgehen, die die Beziehungen zur Zivilgesellschaft und Institutionen über den gesamten Ostseeraum stärken werden.

Herr Gabel

. erinnert sich an die Präsentation von Frau Professorin Riedel, in der sie gesagt habe, dass bei der Bewirtschaftung der Universitätsflächen mehr Mut gefragt sei. Dieses Themenfeld habe er in der Kooperationsvereinbarung nicht explizit entdecken können.

. wünscht sich hier mehr Kooperation zwischen Universität und Stadt.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die neue Kooperationsvereinbarung mit der Universität Greifswald abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Anlage 1 Kooperationsvereinbarung öffentlich

**9.5 Übertragung der Geschäftsanteile der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald an der
Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern
mbH** **BV-V/07/0609**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (UHGW) erteilt ihre Zustimmung zur Übertragung und Abtretung der Geschäftsanteile der UHGW an der Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern mbH (WFG) an die Sparkasse Vorpommern zum Nennwert von 12.500,00 €.
2. Die Bürgerschaft ermächtigt den Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter der UHGW, in der Gesellschafterversammlung der WFG für die UHGW allen dafür notwendigen Beschlüssen zuzustimmen und gegenüber dem beurkundenden Notar alle dafür notwendigen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**9.6 Jahresabschluss 2021 des Abwasserwerkes
Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald** **BV-V/07/0584**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Liedtke

. hebt hervor, dass trotz der SARS-CoV-2-Pandemie die Grenzwerte eingehalten werden konnten und keine betriebstechnischen Störungen zu verzeichnen waren. Es konnte die zweite verfeinerte Reinigungsstufe in Betrieb genommen werden. 2021 habe man dadurch eine Wasserqualität erreichen können, die in den

Bodden abgeleitet werden könne.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit

einer Bilanzsumme von 79.030.552,33 €
einem Eigenkapital von 17.877.955,04 €
und einem Jahresüberschuss von 935.903,80 €
festgestellt.
2. Aus dem Jahresüberschuss werden
 - a) der zweckgebundenen Rücklage 289.000 € zugeführt und
 - b) der Restbetrag in Höhe von 646.903,80 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Lagebericht 2021 wird genehmigt. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.
4. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Ebner Stolz Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte Partnerschaft mbH (Sitz in Hamburg) mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2022 des Abwasserwerkes zur Kenntnis. Die Bestätigung durch den Landesrechnungshof steht noch aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Anlage 1 Jahresabschluss 2021 des Abwasserwerkes Greifswald öffentlich

9.7 Interessenbekundungsverfahren Förderung Jugendfreizeitzentrum TAKT

BV-V/07/0596

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Horn

. betont die Wichtigkeit der Jugendarbeit – insbesondere in diesen Stadtteilen. Es gebe nicht viel Raum für junge Menschen in dieser Stadt. Aber das TAKT ist ein Ort, an dem junge Menschen erwünscht seien, sich ausleben und kreativ werden

können.

- . merkt kritisch an, dass die Angelegenheit Aufgabe des Kreises sei und die Stadt dankenswerter Weise einspringe.
- . bittet die Mitglieder des Kreistages, sich dafür stark zu machen, dass der Kreis sich für junge Menschen einsetze und für sie Räume und Ansprechpartner*innen schaffe.

Frau Dr. Schwenke

- . sagt, dass die Ankündigung des Landkreises, die Stellen nicht mehr aufrechtzuerhalten, für Empörung gesorgt habe. Natürlich sei es etwas Besonderes, dass die Mitarbeiter*innen direkt Angestellte des Landkreises gewesen seien. Aber für einen Stadtteil, indem über 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Haushalten leben, die von sozialen Transferleistungen leben, könne man schon erwarten, dass sich der Landkreis verantwortlich fühle.
- . spricht sich für die Beschlussvorlage aus.

Herr Rappen

- . informiert, dass die CDU-Fraktion ebenfalls der Beschlussvorlage zustimmen werde. Greifswald habe sehr lange vom guten Willen des Landkreises profitiert. Würde der Landkreis alle Kommunen in diesem Umfang unterstützen, würde deren Finanzierung sehr wahrscheinlich zu Lasten der Kreisumlage und damit auch der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ausfallen. Jugendarbeit sei sehr wichtig. Daher sei es nur richtig, dass die finanziellen Mittel im Doppelhaushalt eingeplant und langfristig gesichert werden.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister ein Interessenbekundungsverfahren zur Fortführung der Arbeit im Jugendfreizeitzentrum TAKT ab dem 1.1.2023 durchzuführen, als auch entsprechende Mittel hierfür in den Doppelhaushalt 2023/2024 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

9.8 30. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungsbeschluss

BV-V/07/0601

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 KV M-V betroffen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Aufstellungsbeschluss zur 30. Änderung des Flächennutzungsplans (Änderungsbeschluss) wie folgt:

1. Für das Gebiet südlich der Schönwalder Landstraße (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) soll der Flächennutzungsplan gem. § 2 Absatz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) geändert werden, um dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Absatz 2 BauGB zu entsprechen. Die 30. Änderung des FNP soll im Parallelverfahren zum Bebauungsplan Nr. 38 – Sandfuhr – erfolgen. Ziel ist es, die bisherigen Darstellungen des Flächennutzungsplans (siehe Anlage 2) zu ändern und Sondergebietsflächen insbesondere auch mit der Zweckbestimmung Sport darzustellen, um ein Stadion verwirklichen zu können.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 BauGB soll durch einen öffentlichen Aushang erfolgen, mit dem über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten ist.
3. Der Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
4. Mit dem Vorhabenträger ist ein Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB zur Erarbeitung der 30. Änderung des Flächennutzungsplans abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	0

Anlage 1 Abgrenzung des Änderungsbereiches der 30. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Plangrundlage: Stadtgrundkarte) öffentlich

Anlage 2 Planauszug des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit Abgrenzung des Änderungsbereiches der 30. Änderung öffentlich

9.9 Bebauungsplan Nr. 114 - Verlängerte Scharnhorststraße -; Satzungsbeschluss

BV-V/07/0586-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 KV M-V betroffen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 114 - Verlängerte Scharnhorststraße - wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs und der Entwürfe des Bebauungsplans Nr. 114 - Verlängerte Scharnhorststraße - vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I, S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V, S. 1033), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald den Bebauungsplan Nr. 114 - Verlängerte Scharnhorststraße -, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 114 - Verlängerte Scharnhorststraße - wird gebilligt (Anlage 3).
4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss des Bebauungsplans Nr. 114 - Verlängerte Scharnhorststraße - gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung und Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	3	2

Anlage 1 Anlage 1 Abwägung öffentlich

Anlage 2 Anlage 2 B-Plan öffentlich

Anlage 3 Anlage 3 Begründung öffentlich

Anlage 4 Anlage 3a Bestands- und Konfliktplan öffentlich

<u>Anlage 5</u>	Anlage 3b Gehölzplan öffentlich
<u>Anlage 6</u>	Anlage 3c Maßnahmenplan öffentlich
<u>Anlage 7</u>	Anlage 3d Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag öffentlich
<u>Anlage 8</u>	Anlage 3d-1 Bericht Baumhöhlenkartierung öffentlich
<u>Anlage 9</u>	Anlage 3d-2 Lageplan Baumhöhlenkartierung öffentlich
<u>Anlage 10</u>	Anlage 3d-3 Bericht Brutvogelkartierung öffentlich
<u>Anlage 11</u>	Anlage 3d-4 Lageplan Brutvogelkartierung öffentlich
<u>Anlage 12</u>	Anlage 3d-5 Bericht Amphibienkartierung öffentlich
<u>Anlage 13</u>	Anlage 3d-6 Lageplan Amphibienkartierung öffentlich
<u>Anlage 14</u>	Anlage 3e Verkehrsgutachten öffentlich
<u>Anlage 15</u>	Anlage 3f Schallschutzgutachten öffentlich
<u>Anlage 16</u>	Anlage 3g Hydrologisches Gutachten öffentlich

**9.10 Einmalige Ausgleichszahlung für städtische
Reinigungskräfte**

**BV-P-ö/07/0193-
03**

siehe TOP 2

Ergebnis:

zurückgezogen

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr König

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . beantragt einzeln über die Punkte der Beschlussvorlage abzustimmen.
- . stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation Lösungsvorschläge vor.

Herr Rappen

- . teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Punkte 1 und 3 der Beschlussvorlage ablehne. Laut des beschlossenen Verkehrskonzeptes für die Greifswalder Innenstadt solle ein Logistikkonzept erarbeitet werden. Es sei unnötig, diesem jetzt vorzugreifen und Aufwand sowie Personal doppelt zu investieren.
- . steht den vorgestellten Wendemöglichkeiten für LKWs kritisch gegenüber. Den verstärkten Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes befürworte die CDU-Fraktion.

Herr Ziola

- . macht auf die Handwerker*innen aufmerksam, denen es oft nicht möglich sei, die vorgegebenen Zeiten des Parkverbotes einzuhalten.

Frau Wolter

- . nimmt Bezug auf Punkt 3 der Beschlussvorlage und sagt, dass durch das Aufstellen der Poller die Wege der Rettungsdienste beeinträchtigt werden. Ihr sei es daher ein großes Anliegen, Punkt 3 nicht zu beschließen.

Herr König

- . reagiert auf den Redebeitrag von Herrn Rappen und sagt, dass die Lieferzone unabhängig von dem geplanten Konzept eingerichtet und dann gegebenenfalls angepasst werden könnte.
- . antwortet auf Frau Wolters Redebeitrag, dass es verschiedene Poller gebe; beispielsweise auch Modelle, die im Notfall abknicken.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Punkte der Beschlussvorlage einzeln abstimmen.

Beschluss:

- (1) Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Umfeld der Fußgängerzone in der Innenstadt Lieferzonen einzurichten.
- (2) Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Einhaltung des in der Fußgängerzone (Innenstadt) grundsätzlich zwischen 10 und 18 Uhr geltenden Parkverbots durch engmaschige Kontrollen des Kommunalen Ordnungsdienstes durchzusetzen.
- (3) Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Haushalt 2023/2024 Mittel für die Planung und Umsetzung weiterer Modalfilter (Poller) einzustellen, um die Zufahrt zur Langen Straße außerhalb zulässiger Zeiten zu erschweren.

Die Abstimmung obiger Punkte erfolgt getrennt, jedoch nicht konkurrierend, sodass mehrere der genannten Maßnahmen zur Anwendung gelangen können. Insbesondere bei Planungen zu den Punkten 1 und 3 sind weitere

Interessenträger (z.B. VGI, GMG) anzuhören.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	21	14	1
Punkt 2	mehrheitlich	1	2
Punkt 3	mehrheitlich	15	2

9.12 Erwerb von Kleingartengrundstücken

BV-P-ö/07/0231-0-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Liedtke

. fragt, ob es wirklich notwendig sei, dass die Stadt zur Sanierung dreier Straßen ein ganzes Gebiet kaufe. Zumindest für diese Straßen sollte ein Weg gefunden werden, wie man sich anderweitig einigen könne.

Herr Gabel

. teilt mit, dass er ebenfalls Bedenken bei dieser Beschlussvorlage habe. Die Universität verkaufe kein Land, sondern lasse sich lediglich auf Flächentausche ein.

. möchte zunächst die Ergebnisse der dafür beauftragten Arbeitsgruppe abwarten.

. beantragt, die Beschlussvorlage in den nächsten Sitzungszyklus zu schieben.

Herr Burmeister

. ist der Meinung, dass die Regelung des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ ebenfalls für die Universität gelte.

. fände es schwierig, wenn die Stadt der Universität und der Kirche diese Pflicht abnehmen würde.

Diese Angelegenheit sei kein Zeichen der Kooperation der Universität gegenüber den Bürger*innen dieser Stadt

Herr Dr. Kerath

. fragt Herrn Gabel, welche Arbeitsgruppe er meine. Die Bürgerschaft habe bisher lediglich beschlossen, dass der Oberbürgermeister sich mit den Eigentümer*innen an einen Tisch setze, um eine Lösung zu finden.

. hält es nicht für den richtigen Weg, der Universität und der Kirche lediglich die Straßengrundstücke abzukaufen.

Herr Alexander Krüger

. findet, dass im Falle eines Kaufes, das gesamte Grundstück gekauft werden solle. Anschließend sollte man dann über Pachten reden, um den Kauf zu refinanzieren.

Aus seiner persönlichen Sicht sei die Beschlussvorlage jedoch obsolet, da die

Eigentümer*innen nicht verkaufen werden.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über den Antrag von Herrn Gabel auf Verweisung in die Fachausschüsse abstimmen.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	mehrheitlich	einige

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister für den Fall, dass die mit dem Bürgerschaftsbeschluss (BV-P-ö/07/0207-01) eingesetzte Arbeitsgruppe zu keinem Ergebnis über die Instandsetzung der Straße Sandfuhr führt, mit den Grundstückseigentümern der Kleingartensparten „Einigkeit“, „Koppelberg“ und „Klein Schönwalde“ den Erwerb der Kleingarten und Straßengrundstücke durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	mehrheitlich	4

9.13 Stadt Greifswald soll Energie sparen - ökologisch, effizient und sozial

**BV-P-ö/07/0232-
0-01**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Gabel und **Frau Hübner** bringen die Beschlussvorlage ein.

Herr Prof. Dr. Hardtke

. findet die Beschlussvorlage im Kern gut, allerdings gehe sie ihm nicht weit genug. Es sei hier lediglich die Rede von Energieeinsparpotentialen. Gegebenenfalls sollte man bereits vor der Haushaltsdiskussion darüber nachdenken, an welchen Stellen noch Einsparungen vorgenommen werden könnten. Beispielsweise könne über die Einschränkung der Berechtigung für den Kultur- und Sozialpass oder die Reduzierung des Ortsteilbudgets nachgedacht werden. Denn um als Stadt bestimmte Zielgruppen bei der Bewältigung der Energiekosten zu unterstützen, werde Geld benötigt.
. bittet diese Einsparpotentiale außerhalb des städtischen Haushaltes sichtbar zu machen.

Frau von Busse

. gibt Herrn Prof. Dr. Hardtke recht, dass es zum einen um die finanzielle Seite gehe, aber zum anderen auch darum, im Winter ein warmes Zuhause zu haben. Die Kernverwaltung habe bereits eine Vielzahl an Sparmaßnahmen in die Wege geleitet, die jedoch kaum ausreichen werden, um Einsparungen von 20 Prozent

zu erreichen.

. fragt, was die Formulierung „über die gesetzlichen Vorgaben hinaus“ im Beschlusstext beinhalte.

Prämissen, wie beispielsweise die Erweiterung des Wohngeldempfängerkreises, würden die Stadtverwaltung zusätzlich vor Herausforderungen stellen. Um eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge zu ermöglichen, könnten durchaus Mitarbeiter*innen aus anderen Bereichen als Unterstützung herangezogen werden. Der Oberbürgermeister habe bereits die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gesprächstermin eingeladen, in dem über weitere Einsparmöglichkeiten gesprochen werden solle und auch intern seien noch viele Absprachen zu treffen. Die große Frage sei, wie die Wärmeversorgung aufrechterhalten werden könne. Dafür sei jeder Beitrag, sei er noch so klein, notwendig.

Herr Dr. Kasbohm

. antwortet Frau von Busse auf ihre Frage, was „über die gesetzlichen Vorgaben hinaus“ bedeute, dass dies so viel, so kreativ und so abgestimmt, wie möglich, heiße.

Für den nächsten Gremienzyklus sei bereits eine Vorlage eingereicht worden, die beinhalte, dass zusammen mit den Vereinen ein Hilfspaket für sie erarbeitet werden solle. Hierbei sollen die Möglichkeiten und Formen von Einsparungen geprüft werden.

Herr Rappen

. sagt, dass das Ziel „Energie zu sparen“ allen klar sei. Der Weg dahin sei jedoch schwierig. Wer über das Gesetz hinaus sparen wolle, müsse auch Vorschläge bringen, wie das funktionieren könne. Die Hälfte des Stromverbrauchs in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erfolge über die Straßenbeleuchtung, wodurch er in der Dringlichkeitssitzung des Hauptausschusses am 08.06.2022 den Vorschlag unterbreite habe, auf LEDs umzustellen. Hier könne womöglich Dunkelheit im Straßenraum keine Möglichkeit darstellen. Ein weiterer großer Stromverbraucher sei vermutlich das Schwimmbad.

Es müsse jedoch auch darüber nachgedacht werden, wie Energieformen nutzbar gemacht werden können. Immer wieder könne man feststellen, dass viele Windräder still stehen. Die Stadtwerke Greifswald GmbH hätte in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit dargelegt, wie schwierig es sei, Windkraft in der Fernwärme zu nutzen.

Gegebenenfalls könne sich der Oberbürgermeister dafür stark machen, diese Hürden herabzusetzen. Das gleiche gelte für die Atomkraft. Der Oberbürgermeister könnte sich dafür einsetzen, dass Atomkraftwerke, soweit es ihnen möglich sei, weiterhin Strom produzieren. Dadurch gebe es deutlich mehr Strom, was voraussichtlich zu einer Preisreduzierung führen würde und wodurch nicht unbedingt Gas verstromt werden müsse, was diese Notlage senken könnte.

Frau Hübner

. weist auf die in der Beschlussvorlage genannte Öffentlichkeitsarbeit hin. Die Gespräche der Stadt mit den Unternehmen sollten vertieft und weitergeführt werden.

Herr Gabel

. sagt, dass es das Hauptanliegen der Beschlussvorlage sei, sich nicht auf den gesetzlichen Vorlagen auszuruhen. Es sollte geprüft werden, was darüber hinaus noch möglich sei. Auch die Bürger*innen sollten an diesem Prozess beteiligt werden. Wenn diese Beschlussvorlage zu unkonkret sein sollte, könnten für den nächsten Gremienlauf weitere Vorschläge eingereicht werden.

Frau Horn

. geht auf den Redebeitrag von Herrn Rappen ein und erklärt, dass ein Promille Gasstrom durch Atomenergie ersetzt werden könne. Der Stresstest stelle eine Lücke von maximal acht Gigawatt fest. Die zwei Atomkraftwerke in Bayern könnten davon 0,5 Gigawatt ersetzen.

Herr Burmeister

. macht darauf aufmerksam, dass es Menschen gebe, die sich durch die Preisanstiege im Energiebereich in finanziellen Notsituationen befinden werden und gezwungen seien, zu sparen. Gleiches werde auf einzelne Unternehmen zutreffen. Öffentlichkeitsarbeit sei daher nicht erforderlich. Auch runde Tische würden nicht zum Ziel führen, da jeder Einzelfall anders sei.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, welche Energieeinsparpotenziale in der Stadt, in Verwaltungsgebäuden sowie Einrichtungen der Stadt und bei ihren Tochterunternehmen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus umsetzbar sind. Zudem ist begleitende Öffentlichkeitsarbeit und Bürger:innenbeteiligung zum Energiesparen in Unternehmen, Institutionen und Haushalten auszubauen. Insbesondere soll hier auch die proaktive und persönliche Kommunikation mit weiteren Organisationen und Unternehmen aufgenommen werden.

Es ist zu berücksichtigen, dass die öffentlichen und sozialen Einrichtungen der Stadt ihre Angebote aufrecht erhalten können. Der Oberbürgermeister soll zudem in allen Gremien und auf allen politischen Ebenen darauf hinwirken, dass gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um Energieeinsparungen sozial gerecht umzusetzen und Preiserhöhungen ausreichend sozial abzufedern.

Beschlusskontrolle: viertes Quartal 2022

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	5	einige

9.14 Anschaffung von Stoffwindeln unterstützen

BV-P-ö/07/0234-0-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Hübner

. sagt, dass der Satz im Beschlusstext wirke, als seien medizinische Atteste auch für die Kinder notwendig. Gegebenenfalls könne hier der Satz umgestellt werden. Außerdem müsse sich die Stadt überlegen, wofür derzeit Geld ausgegeben werden solle. Daher wäre die Reduzierung der Unterstützung auf Kultur- und

Sozialpass (KuS)-Inhaber*innen denkbar.

. schlägt demzufolge vor, den letzten Satz des Beschlusstextes entsprechend zu ändern:

“Der Zuschuss kann nur an Personen, die den KuS-Pass innehaben, gewährt werden.”

Herr Liskow lässt über den von Frau Hübner vorgetragenen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	10	einige

Der Präsident der Bürgerschaft

. stellt klar, dass sich der nachgewiesene medizinische Bedarf nicht auf die Kinder, sondern lediglich auf die Erwachsenen beziehe.

. lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister in den Doppelhaushalt 2023/24 Mittel für Zuschüsse zum Erwerb von Stoffwindeln einzustellen. Die Zuschüsse stehen Kindern und Erwachsenen mit nachgewiesenem medizinischem Bedarf offen. Der Zuschuss wird in Form von Greifswald-Gutscheinen ausgezahlt und einmalig 100€ pro Person betragen. Der Zuschuss wird nach Vorlage eines Beleges für den Kauf von Stoffwindeln oder die Nutzung einer Stoffwindelberatung ausgegeben. *Der Zuschuss kann nur an Personen gewährt werden, die den KuS-Pass innehaben.*¹

¹ Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	8	einige

10 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Horn

. hat den Eindruck, dass ein großes Bedürfnis bestehe, sich über die derzeit herrschenden aktuellen Krisen auszutauschen.

. bittet daher die Verwaltung um Prüfung, ob ein Forum geschaffen werden könne, in dem sich Bürger*innen zum einen über mögliche Hilfen – beispielsweise zu den Entlastungspakete oder zum Stellen von Wohngeldanträgen – informieren können und zum anderen Fakten zur aktuellen Lage erklärt bekommen sowie Fragen

stellen können.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. fragt nach dem aktuellen Stand zum Kinderspielplatz „Wackelschiff“ in Wieck und bittet um eine schnelle Lösung.

Frau von Busse

. teilt mit, dass das „Wackelschiff“ in Wieck ein altes Spielgerät sei, welches nicht mehr in Betrieb genommen werden könne. Hier sei ein Ersatzneubau erforderlich. Dabei gehe es nicht nur um die finanziellen Mittel sondern auch um die Verfügbarkeit von Firmen und den Erhalt entsprechender Angebote. Zielstellung sei es, dass nächstes Jahr zu Saisonbeginn ein neues Spielgerät zur Verfügung stehe.

Herr Schick

. ergänzt, dass heute ein Angebot für diesen Spielplatz eingegangen sei. Die Kosten lägen bei ca. 170 TEUR. Das alte Schiff sei nicht mehr zu reparieren. Nun müsse geprüft werden, wie die Finanzierung erfolgen könne. Sollten in diesem Jahr keine Haushaltsmittel mehr zur Verfügung stehen, müsse diese Position in den nächsten Doppelhaushalt eingeplant werden.

Herr Rappen

. sagt, dass er seit mehreren Jahren im Elternrat einer Kita tätig sei. Seit elf Jahren gebe es das Bundesprogramm „Sprachkindertagesstätten“, welches durch die jetzige Bundesregierung in der bekannten Form nicht fortgesetzt werde. Sämtliche Einrichtungen des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ seien Teil dieses Programmes. Die Landesregierung starte derzeit eine Initiative zur Beibehaltung dieses Bundesprogrammes und auch der städtische Eigenbetrieb selbst habe eine Unterschriftenaktion gestartet.

. findet es wichtig, dass sich sowohl die Bürgerschaft als auch der Oberbürgermeister intensiv für dieses Thema einsetzen.

Herr Dr. Kerath

. berichtet, dass er zufällig von einer Sanierung in einer Straße, die kaum befahren sei, erfahren habe.

. kritisiert, dass die Verwaltung den politischen Raum nicht darüber informiert habe. Auf Nachfrage habe er erfahren, dass dies eine Arbeitsgruppe entschieden habe.

. fragt daher, wer dieser Arbeitsgruppe angehöre, wann und in welcher Form die Sanierung beschlossen worden, wie teuer die Maßnahme gewesen und woher das Geld gekommen sei und warum die bürgerschaftlichen Gremien nicht in Kenntnis gesetzt worden seien.

Frau von Busse

. sagt, dass die angesprochene Arbeitsgruppe in Vorbereitung des Caspar-David-Friedrich-Tages tage und sich bestimmte Prämissen setze, um den Zustand in der Stadt – insbesondere an interessanten Objekten und Bereichen – für Besucher*innen des Caspar-David-Friedrich-Tages vorzubereiten. Die Beantwortung der Fragen werde nachgereicht.

Anmerkung nach der Sitzung:

Seitens der Verwaltung wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage „Instandsetzung Boddenweg“ (KA/07/0161) verwiesen.

11 Ende der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 20:13 Uhr.

Präsident der
Bürgerschaft:

Protokollant/in:

Egbert Liskow

Sarah Wiesenberg